

---

sicherstellen und insbesondere Fachkräfte mit Spezialwissen für die öffentliche Verwaltung erschließen.

#### Moderne Polizei im Jahr 2020

Grundaufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen und den Schutz privaten Eigentums zu unterstützen. Diese Aufgabe hat auch in Sachsen höchste Priorität. Dabei gilt: Nicht der Staat gewährt den Bürgern ihre Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen der eigenen Freiheit.

Neben der Hauptaufgabe der Polizei, der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten, muss sie auch Gefahren für die öffentliche Sicherheit abwehren. Die enge Verzahnung von Polizei und gemeindlichem Vollzugsdienst ist eine Möglichkeit, das Sicherheitsgefühl zu stärken, aber auch eine schnellere Problembearbeitung zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürger zu erreichen. Wir haben den Etat für die Präventionsarbeit spürbar aufgestockt. Weiterhin treten wir dafür ein, Kriminalität vor ihrem Entstehen durch kluge Präventionsarbeit zu bekämpfen.

In den nächsten Jahren sind für uns folgende Punkte wichtig:

- Wir werden die „Polizeireform 2020“ überprüfen und bestehende Defizite korrigieren. Die Sichtbarkeit und Einsatzfähigkeit der Polizei in der Fläche muss erhöht werden. Wir halten es dazu für erforderlich, an besonderen Kriminalitätsschwerpunkten die derzeit nur zeitweise besetzten Polizeistandorte wieder zu voll funktionstüchtigen Revieren aufzuwerten. Dies gilt insbesondere auch für Grenzregionen.
- Um der Überalterung und dem hohen Krankenstand entgegenzuwirken, wollen wir den Einstellungskorridor für junge Polizisten auf jährlich 400 erhöhen und zudem Einstellungshürden wie Altersbegrenzung oder Mindestkörpergröße abbauen.
- Wir wollen die Polizeiarbeit vor Ort durch voll funktionsfähige „Reviere auf Rädern“ stärken. Die sächsische Polizei benötigt einen leistungsfähigen Fuhrpark. Für den ländlichen Raum ist dazu die Beschaffung von Kleinbussen notwendig, die mit ihrer Innenausstattung auch eine Anzeigenaufnahme, Verhöre und Zeugenbefragungen ermöglichen. In den Gebirgsregionen müssen zudem ausreichend Allradfahrzeuge zur Verfügung stehen.
- Die Bürgerpolizisten als Ansprechpartner vor Ort müssen gerade im ländlichen Bereich jederzeit über ein eigenes Fahrzeug verfügen können.
- Die gute Ausstattung der sächsischen Polizei muss erhalten und auf dem technisch neuesten Stand gehalten werden. Besonders kostenintensive Technik muss nicht von Sachsen allein unterhalten werden. Wir wollen eine Kooperation mit Thüringen und Sachsen-Anhalt für eine gemeinsame Hubschrauberstaffel prüfen. Der Ausbau der Digitalfunk-Infrastruktur ist konsequent voranzutreiben.
- Die Grenzregionen zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik stellen die Polizei vor besondere Herausforderungen. Die Wiedereinführung von ständigen Grenzkontrollen löst keine Probleme und verstößt gegen europäische Vereinbarungen zur Reisefreiheit. Der Fahndungsdruck muss jedoch auf einem hohen Niveau liegen, gerade mit Blick auf die steigenden Zahlen bei der Drogenkriminalität. Zudem sind die Kooperation der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden in Sachsen, Polen und Tschechien zu verbessern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass künftig mehr Beamte des Zolls und der Bundespolizei in Sachsen präsent sind. Deren Aufgabe ist es, gemeinsam mit der sächsischen Polizei den Menschenhandel, Drogenschmuggel und Diebstahl effektiv zu bekämpfen. Statt zusätzliches Zollpersonal zur Mindestlohnkontrolle in sächsische Handwerksbetriebe zu schicken, muss für die Bundesbeamten die Bekämpfung der Grenzkriminalität an erster Stelle stehen. Zur Information und Kommunikation muss die sächsische Polizei auch soziale Netzwerke wie z. B. Facebook nutzen. Wir fordern die verstärkte Nutzung der bestehenden Polizei-Onlinewache für die Fahndung nach Straftätern und zur Vermisstensuche.
- Vorwürfen gegenüber der Polizei muss unparteiisch nachgegangen werden. Um dies zu gewährleisten, wollen wir Polizeikennzeichen in Form eines pseudonymisierten individuellen

---

Erkennungsmerkmals (Chiffre oder Alias-Name) einführen.

### Zügige Strafverfolgung

In einem demokratischen Rechtsstaat ist die schnelle und effektive Strafverfolgung ein wesentliches Element. Die Staatsanwaltschaften müssen personell und technisch so ausgestattet sein, dass sie diesen Anspruch erfüllen können. Integrierte Ermittlungseinheiten von Polizei und Staatsanwaltschaften haben sich in großen und komplexen Strafverfahren bewährt.

Die Unschuldsvermutung zugunsten des Bürgers bis zu seiner Verurteilung ist für uns ein wichtiges Gut. Bei jeder Strafverfolgungsmaßnahme muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt werden. Nach Abschluss der Ermittlungen müssen die Verfahren zügig eingestellt oder zur Anklage gebracht werden. Jeder Angeklagte hat das Recht auf ein zügiges Verfahren. Dies darf nicht zulasten der Sorgfalt gehen. Wir lehnen finanzielle Anreize zur Beschleunigung von Strafverfahren für Strafverteidiger ab.

Auch der Gesetzgeber muss sich zum Schutz der Grundrechte zurückhalten. Eine Ausweitung der Kennzeichenerfassung oder gar eine Einführung der Vorratsdatenspeicherung wird von uns weiterhin abgelehnt.

### Für ein tolerantes und offenes Sachsen

Wir stehen für ein weltoffenes Sachsen, in dem Mitbürgern anderer Kulturen mit Respekt und Toleranz begegnet wird. Universelle Menschenrechte und unsere demokratische Rechtsordnung gelten dabei für alle in Sachsen lebenden Bürger – gleich welcher Herkunft und welchen Glaubens. Wir stellen uns klar gegen extreme politische Ansichten und menschenverachtende Ideologien. Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung von Demokratie, Recht und Verfassung. Aber auch in Vereinen und Verbänden muss entsprechende Präventionsarbeit geleistet werden. Dabei muss der erzielte Erfolg messbar sein. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf zu erfahren, was mit öffentlichen Mitteln bei den einzelnen Trägern geschieht. Wir wollen keine Projekte, die sich in erster Linie mit sich selbst beschäftigen. Wir unterstützen Projekte, die breite gesellschaftliche Kreise in Sachsen ansprechen, beispielsweise Jugendfeuerwehren, Kirchen oder Sportvereine. Der Kampf gegen „Rechts“ darf keine staatlich geförderte politische Vorfeldarbeit bestimmter politischer Gruppen werden, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Sachsen muss Zuwanderern mit einer echten Willkommenskultur begegnen. Dazu gehört die Vereinfachung restriktiver sächsischer Vorschriften beim Einbürgerungsverfahren. Wir bekennen uns zur Verpflichtung des Freistaates Sachsen, Asylsuchenden und Flüchtlingen zu helfen, die in ihren Heimatländern verfolgt und unterdrückt werden. Asylbewerber sollen zudem im Regelfall dezentral untergebracht werden. Dies ist kostengünstiger als die zentrale Unterbringung und wirkt sich positiv auf den sozialen Frieden aus. Angebote für Sprach- und Integrationskurse ermöglichen Flüchtlingen eine bessere Integration in ihr Lebensumfeld. Wir wollen das Amt des „Sächsischen Ausländerbeauftragten“ mit der neuen Bezeichnung „Sächsischer Integrationsbeauftragter“ stärken. Dies verdeutlicht auch besser den Arbeitsschwerpunkt.

### Verfassungsschutz reformieren

Sachsen ist durch den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Hier hat der Verfassungsschutz seine Aufgabe nicht erfüllt. Trotz einer guten personellen Ausstattung mangelt es dem Landesamt für Verfassungsschutz an der notwendigen Analysefähigkeit. Um dies für die Zukunft auszuschließen, ist eine strukturelle Neuorganisation in diesem Bereich unumgänglich. Deutschlandweit operierende Extremisten kann man nicht mit 16